

EU-Parlament wählt erste Leiterin der neuen Anti-Geldwäsche-Behörde!

Neue EU-Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche gewählt, unter Leitung von Bruna Szego. Meilenstein im Kampf gegen Finanzkriminalität.

Frankfurt, Deutschland - Ein historischer Moment für die Sicherheit in Europa! Heute wurde im EU-Parlament die neue Anti-Geldwäsche-Behörde (AMLA) ins Leben gerufen. Die Italienerin Bruna Szego wurde zur ersten Vorsitzenden gewählt. Diese Behörde erhält die Macht, Sanktionen und Geldstrafen gegen Finanzinstitutionen zu verhängen, die gegen die neuen, strengen EU-Geldwäsche-Regeln verstoßen. Die EU will damit sicherstellen, dass einheitliche Standards zur Bekämpfung von Geldwäsche in allen Mitgliedstaaten gelten. Die SPÖ-Europaabgeordnete Evelyn Regner betont die Dringlichkeit dieser Initiative: „Geldwäsche kostet uns nicht nur exorbitant viel, sie gefährdet auch unsere Demokratie und Sicherheit.“ Bei ihrer Wahl gratulierte sie Szego und hob hervor, dass die Behörde wie ein europäisches FBI im Kampf gegen Finanzkriminalität agieren wird, wie **APA-OTS berichtet**.

Erweiterte Befugnisse für striktere Kontrollen

Die neuen Gesetze, die das Parlament verabschiedet hat, garantieren nun einen sofortigen Zugang zu Informationen über wirtschaftliche Eigentümer für Personen mit „berechtigtem Interesse“, einschließlich der Medien und zuständigen Behörden. Diese Daten, die in nationalen Registern gespeichert sind, umfassen auch historische Informationen, die bis zu fünf Jahre

zurückreichen. Die Finanzaufklärungsstellen (FIUs) können dadurch verdächtige Transaktionen effektiver analysieren und aufdecken. Zudem müssen Banken und andere „Verpflichtete“ nun verdächtige Aktivitäten melden, was die Sorgfaltspflicht deutlich erhöht. Auch Profifußballvereine werden in die Verpflichtungen einbezogen, um verdächtige Geschäfte im Fußballgeschäft zu überwachen. Die neuen Regelungen zur Bekämpfung der Geldwäsche beinhalten zudem eine EU-weite Obergrenze für Barzahlungen in Höhe von 10.000 Euro und verschärfen die Aufsicht über wohlhabende Einzelpersonen, wie **der EP berichtet**.

Die AMLA wird nun ihren Sitz in Frankfurt haben und ihre Aufsicht spürbar in die risikobehaftetsten Finanzunternehmen der EU erstrecken. Dieses neue System soll nicht nur Geldwäsche, sondern auch die Finanzierung von Terrorismus bekämpfen. „Die Schaffung dieser Behörde ist ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung“, sagt Regner. Die Gesetze befinden sich noch im Formulierungsprozess und müssen nun vom Rat förmlich angenommen werden. Damit solide Antworten auf die Forderungen der Bürger aus der Konferenz zur Zukunft Europas gegeben werden können, wird ein strengerer Rahmen für die Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen dringend benötigt.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Frankfurt, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at